



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

F/XI/157 - 13. Juli 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Notwendiger Geschichtsunterricht | S. 1 |
| Ein Nachwort zur Tagung der Sozialistischen Internationale | S. 2 |
| Wird Adenauer jetzt langsam fahren? | S. 5 |
| Gründe für neuen Austritt aus der CDU | S. 6 |
| Spalier für den Kanzler | S. 7 |
| Anhang: Kommuniqué von der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 12.7.1957 in Bonn II. Teil | |

Adenauer und der Untergang

Sp - Adenauers Verhältnis zur deutschen Geschichte ist - gemessen an seinen Ausführungen auf der Nürnberger Kundgebung - in etwa vergleichbar mit dem Verhältnis eines Lügners zur Wahrheit. Da Adenauer am Freitag vor der Bonner Presse sein schlechtes Verhältnis zur deutschen Geschichte ausdrücklich noch einmal bestätigte und wiederum behauptete, ein Wahlsieg der SPD würde der Untergang Deutschlands bedeuten, scheint im Interesse des Ansehens des deutschen Volkes eine Lektion Geschichtsunterricht erforderlich zu sein. Ein Bundeskanzler, der zu verstehen gibt, dass er so wenig von der deutschen Geschichte weiss, schädigt das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ist das deutsche Volk durch seine Regierungen zweimal in den Abgrund geführt worden. Das erste Mal durch die Politik der Hohenzollern, die den ersten Weltkrieg zum Ergebnis hatte. Das zweite Mal durch die Politik Hitlers, deren Folge der zweite Weltkrieg, die Zerschlagung Deutschlands und die Spaltung unseres Vaterlandes war und ist.

In diesen beiden Perioden der deutschen Geschichte waren die führenden politischen Kräfte die Gegner der deutschen Sozialdemokratie es waren die gleichen gesellschaftlichen und politischen Gruppen, die seit 1949 Adenauer zu ihrem Schirmherrn erkoren haben, ihn und seine Politik durch finanzielle Beiträge stützen und kein Mittel scheuen, um die Sozialdemokratie in den Augen des deutschen Volkes und der Welt zu diffamieren.

Die Abgrundpolitik früherer deutscher Regierungen wurde stets gegen den Willen der deutschen Sozialdemokratie durchgeführt. Immer stand die Sozialdemokratie allein, wenn es galt, das deutsche - 2 -

Volk vor dem Weg in den Abgrund zu bewahren. Sogar als Hitler vom Reichstag die formale Bestätigung für die Zerschlagung der Demokratie forderte und sein berüchtigtes "Ermächtigungsgesetz" einbrachte, blieb die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Aufstand gegen die Diktatur allein. Anders Adenauer. Seine Fraktion im damaligen Kölner Stadtparlament billigte nach der sogenannten Machtübernahme Hitlers folgende Entschliessung:

"Die vom Herrn Reichspräsidenten berufene, durch den erfolgreichen Verlauf der nationalen Revolution bestätigte Regierung darf nicht gefährdet werden, da sonst die Folgen unabsehbar sind, sondern muss sich unter Würdigung der gegebenen Verhältnisse, auf eine möglichst breite Basis stützen können".

Nun, das alles ist Geschichte, und sicher würde man heute wenig noch darüber reden, wenn nicht ausgerechnet der jetzige Bundeskanzler diese Geschichte fälschte.

In dem Bestreben, die Alleinherrschaft seiner Partei zu sichern, ignoriert dieser Mann die natürlichsten Gesetze der Logik, spritzt Gift in unser Volk und stellt sich damit an die Spitze der Front jener, die schon vor ihm unter dem Begriff "Politik" ausschliesslich den Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie erblickten.

Die geschichtliche Wahrheit ist: Jedesmal, wenn das deutsche Volk durch schlechte Regierungen an den Rand des Abgrundes oder in den Abgrund selbst geführt worden war, haben die Sozialdemokraten den Wiederaufstieg eingeleitet. Sie konnten das auch, weil sie im Gegensatz zu den Abgrundpolitikern keine Abenteurer sind, sondern in tiefer Verbundenheit mit dem Schicksal unseres Volkes, auch in den schwersten Stunden der Nation den klaren Blick für die Notwendigkeiten des Tages behalten hatten. So war es nach 1918, so war es nach 1945.

Die Tatsache, dass nach 1918 das deutsche Reich in seinem Bestand zusammengehalten werden konnte, dass die Ansätze zu einer sozialen und freiheitlichen Demokratie Wirklichkeit wurden, ist das Werk der deutschen Sozialdemokratie, die ihre innere Kraft auch nach dem verlorenen Kriege und dem Zusammenbruch unserer Gesellschaft und Wirtschaft als gesundes Fundament für den Aufbau eines neuen Staates einsetzte.

Und nach 1945? Wer hat den politischen Ansturm des Bolschewismus auf Deutschland niedergelassen? Die heute hinter Adenauer stehenden politischen Kräfte? War es nicht die deutsche Sozialdemokratie unter Führung eines Dr. Kurt Schumacher, die den Kampf gegen den östlichen Totalitarismus zu einer Zeit aufnahm und mit Erfolg durchführte, als man einen Adenauer noch den "rheinischen Politiker" nannte? Wer richtete die ersten Appelle gegen die

sinnlose Teilung Deutschlands, gegen die Demontage unserer Fabriken an das Gewissen der Welt? War es Adenauer? Es war die deutsche Sozialdemokratie, die sich schützend vor das Volk stellte und ohne Rücksicht auf Anordnungen der Besatzungsmächte kompromisslos für den nationalen Bestand unseres Volkes kämpfte.

War das eine "Politik des Unterganges"? Die Untergangspolitik wurde immer dann furchtbare Wirklichkeit, wenn es den Gegnern der deutschen Sozialdemokratie gelang, das Volk durch Lügen und Verärbungen so einzuschläfern, dass es die Verdienste dieser grossen demokratischen Partei um die Nation vergessen konnte.

Es geht aber jetzt mehr als um das Schicksal einer Partei. Es geht um die Erhaltung der Freiheit, die wir in einem Teil Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg erringen konnten. Wird diese Freiheit durch die Alleinherrschaft eines Mannes oder einer Partei zerstört, dann werden auch die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands im Ansatz erstickt. Der Wille zur Wiedervereinigung Deutschlands ist so gross wie der Wille zur Erhaltung der Freiheit. Wer diesen Willen zersetzt, wer leichtfertig und frevelhaft versucht, die aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes niederzuhalten, wer sie diffamiert und durch Geschichtsfälschungen ihre Leistungen in den schwersten Stunden Deutschlands verleugnet, ist nicht besser als diejenigen, die Deutschland schon zweimal in den Abgrund geführt haben.

* * *

"Christ und Welt",

das evangelische Wochenblatt, das dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmeier nahesteht, kommentiert Adenauers Nürnberger Rede wie folgt:

"Wenn das wirklich so wäre, dann müsste einem wirklich um das Schicksal der Demokratie bange werden. Denn die Absicht, die zweitgrösste demokratische Partei eines Staates grundsätzlich und für alle Zeiten von der Übernahme der Macht - und das heisst der Verantwortung - auszuschliessen, hiess nicht mehr und nicht weniger, als den Fundamentalsatz jeder freien, demokratischen Entwicklung umstürzen, der da lautet, dass jedermann die gleiche Chance haben müsse, Verantwortung zu tragen und auf demokratische Weise auch Macht zu gebrauchen".

* * *

Deutschland und die Sozialistische Internationale

Von Dr. Oscar Pollak,
Chefredakteur der "Arbeiterzeitung", Wien

Beim Wiener Kongress der Sozialistischen Internationale wurden zu einem bestimmten Punkt einer in der Kommission vorbereiteten Resolution im letzten Augenblick noch abweichende Meinungen und Änderungsanträge vorgebracht, so dass sich der Kongress entschloss, den betreffenden Punkt der Resolution zu streichen und die Frage erst noch neuerlich vorberaten zu lassen. Dieser Vorgang, der nach unserer Meinung geradezu wohltuend von dem Schema der einmütig verfaschten Kongressbeschlüsse abweicht, hat natürlich den bürgerlichen und den kommunistischen Kritikern Anlass gegeben, von der "uneinigen" Internationale der Sozialisten zu faseln. Und da der Punkt gerade die Wiedervereinigung Deutschlands und den europäischen Sicherheitspakt betraf, haben sich - auch in Wien - vor allem die Adenauer-Leute gemeldet. Einer von ihnen hat (in der "Neuen Tageszeitung" der ÖVP) einen solchen Unsinn verzapft, dass man feststellen muss, er habe überhaupt nicht verstanden, um was es ging.

Stellen wir also vorweg fest, dass die Internationale durchaus nicht uneinig war, sondern in allen grundsätzlichen Fragen einig. In den beiden Referaten von Jugā Gaitskell (England) und Erich Ollenhauer (Deutschland), mit denen diese Diskussion eingeleitet wurde, trat in der Tat eine bemerkenswert weitgehende Übereinstimmung zutage. Die Internationale sieht in der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ein Kernproblem der Entspannung der internationalen Lage. Sie sagt darüber in ihrer Entschliessung: "Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands sind heute unlöslich miteinander verknüpft... Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein europäisches Problem erster Ordnung".

Mit dieser wichtigen Erklärung steht es durchaus nicht in Widerspruch, dass der Kongress in einer anderen Resolution zur Abrüstungsfrage ausgesprochen hat, dass gewisse Abrüstungshandlungen - vor allem die Einstellung der Atomwaffenversuche - ausserhalb dieses Zusammenhanges durchführbar und dringend notwendig sind; dass also jener Zusammenhang mit der Regelung politischer Fragen nicht zum Vorwand genommen werden darf, um diese möglichen und dringenden Teilmassnahmen der Abrüstung zu verweigern oder zu verzögern. Auch darüber war die ganze Internationale einig.

Über jenen Zusammenhang zwischen internationaler Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands, also über die politische Gesamtregelung, haben beide Referenten übereinstimmend gesagt, dass sie natürlich nur durch Verhandlungen mit allen Grossmächten, also zwischen dem Westen und der Sowjetunion, möglich ist. Auch hier, in dem Wunsch nach Herbeiführung solcher Verhandlungen und in der Bereitschaft zu ihnen, stimmt die ganze Internationale überein. Als Grundforderung für diese Verhandlungen haben die Sozialisten aller Länder, in Übereinstimmung mit ihren deutschen Freunden, seit jeher die Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage völlig freier Wahlen

aufgestellt; und ebenso ist es Gemeingut der Auffassungen aller sozialistischen Parteien, dass ein solches freies Gesamtdeutschland auch frei sein muss, seine politische Stellung ohne Rücksicht auf vorher bestehende politische Bindungen des einen oder des anderen seiner Teile zu entscheiden.

Natürlich wissen alle Sozialisten, dass die Sowjetunion dieser Grundforderung - die für sie die Preisgabe ihres Satelliten Ostdeutschland bedeutet - in friedlichen Verhandlungen nur zustimmen wird, wenn sie dafür etwas anderes erhält: nämlich eine Sicherung dagegen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland nicht einfach mit Sack und Pack, politisch und militärisch, das Lager ihrer Gegner verstärkt. Hier fügt sich nun die Frage eines europäischen Sicherheitssystems ein, das beiden Teilen, in Ost und West, die Angst nehmen soll, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands das Kräftegleichgewicht unmittelbar zu ihren Ungunsten verschiebe.

Auch dieser Gedanke ist im Prinzip von der gesamten Internationale akzeptiert worden. Er ist in den einleitenden Referaten sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, allerdings mit Nuancierungen - denn es handelt sich um eine prinzipiell unbestrittene, in der praktischen Durchführung aber gewiss komplizierte Frage. Mit anderen Worten: für ein europäisches Sicherheitssystem sind alle Sozialisten; aber wie soll es im einzelnen aussehen?

Ollenhauer hat dabei Gewicht auf die Feststellung gelegt, dass ein wiedervereinigtes, freies Deutschland auch an kein militärisches Bündnis gebunden sein soll: auch nicht an den Atlantikpakt, den Westdeutschland jetzt angehört ebenso wie Ostdeutschland dem Warschauer Ostpakt.

Er hat allerdings ausdrücklich hinzugefügt, dass Deutschland nicht daran denke, sofort, eine vollständig befriedigende Lösung zustande gekommen ist, aus den Atlantikpakt auszuschneiden; und er hat weiter ausdrücklich gesagt, dass nicht daran gedacht werden könne, in Deutschland, also im Zentrum Europas, ein "militärisches Vakuum" zu schaffen; auch ein "militärisches Bündnis ausgeschlossen Deutschland könnte nicht "neutral" im Sinne von völlig entwaffnet sein.

Gaitskell hat diesen Gedanken weitergeführt und dabei die Betonung mehr auf die politische als auf die militärische Seite gelegt: nach seiner Auffassung - es ist in diesen der sogenannte "Gaitskell-Plan", den er hier vortrug - sollten sich sowohl der Westen wie der Osten militärisch aus einer Zone im Mitteleuropa zurückziehen, die ausser dem gesamten Deutschland auch die östlich angrenzenden Satellitenstaaten, also zumindest Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, umfassen müsste. (Gegen diesen Plan erhebt sich bekanntlich vom militärischen Gesichtspunkt der Einwand, dass sich die russischen Truppen nur in die nahe Nachbarschaft zurückziehen würden, die amerikanischen aber praktisch über den Ozean; wie weit dies bei dem jetzigen Stand der Raketentechnik Bedeutung hat, soll hier nicht untersucht werden). Er hat aber vor allem Gewicht darauf gelegt, dass die so entstehende Sicherheits- und Friedenszone inmitten Europas - von allen Grossmächten garantiert - ein politischer Begriff ist: sie würde bedeuten, dass Russland seinen jetzigen strategischen Satellitengürtel aufgibt, ihn gegen einen mehr oder weniger entmilitarisierten, aber jedenfalls befriedeten Schutzgürtel tauscht.

13. Juli 1957

Es war der englische Vertreter Bevan, der in der Kommission diesen Gedanken noch deutlicher formuliert hat: Es müsse Russlands Gegenleistung für die Sicherheitszone sein, dass es die Satelliten aus seiner Gewalt entlässt. Die Schaffung eines solchen europäischen Sicherheitssystems, gegründet auf ein freies Gesamtdeutschland und auf die Entlassung der osteuropäischen Länder aus der Fremdherrschaft, wäre ein entscheidender Schritt zur Einigung ganz Europas. Oder wie es der polnische Sozialist Ciolkosz in seiner Rede auf dem Kongress mit einer treffenden Wendung sagte: So sollte die Wiedervereinigung Deutschlands zur Wiedervereinigung Europas in Freiheit führen. Europas Sicherheit garantiert durch eine Zone der Freiheit!

Alle diese Gedanken sind im Prinzip im Rahmen der Internationale unbestritten. Nur an die Frage der praktischen Durchführung knüpfen sich, wie gesagt, Bedenken und Vorbehalte einzelner Parteien. Die belgischen und die holländischen Sozialisten finden, dass der Atlantikpakt eine so lebenswichtige Sicherung ihrer Länder bildet, dass sie nicht ohne weitere Klarstellung den Gedanken zustimmen können, er könnte über kurz oder lang durch das Ausscheiden Deutschlands aufgelöst werden. Andere Parteien fanden, dass der in diesen Vorschlägen steckende Gedanke einer Art Neutralisierung eines Teiles von Europa noch zu wenig durchdacht sei, so einfach ist ja Neutralität auf einen Grosstaat wie Deutschland nicht anzuwenden, dass nicht darin eine Gefahr des Neutralismus verborgen sein könnte. Das waren die Beweggründe und die Bedenken, die die Internationale schliesslich veranlasst haben, den ganzen Fragenkomplex noch einmal in einer gründlichen Diskussion prüfen zu wollen, ehe sie einen bestimmten Plan bejaht.

Aber nichts in dieser vorläufigen Diskussion hat einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den anderen Parteien, nichts eine tiefere Uneinigkeit der Internationale erkennen lassen. Im Gegenteil, in einem war die Internationale entschieden und absolut einig: in dem Wunsch, Deutschland möge zu den kritischen Verhandlungen und Entscheidungen der nächsten Zukunft nicht im Zeichen der Politik Adenauers gehen, sondern unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie.

+ + +

13. Juli 1957

Das "Vorbild"

U.D. Ausgerechnet unter dem Motto "Weniger Vorschriften - mehr Vorbilder" will die CDU - nach den Wahlen, versteht sich - eine grossangelegte Verkehrssicherheitsaktion starten. CDU-Vorsitzender Adenauer habe sich bereit erklärt, so teilte die Partei mit, "seine ganze Autorität für das Gelingen dieser Aktion einzusetzen".

Der Wahlkampf treibt sonderbare Blüten. Nachdem acht Jahre dazu Gelegenheit war, will die CDU nach der Wahl mit der "Volksaktie" eine breite Schicht von Eigentümern schaffen, will sie dem bisher vernachlässigten Mittelstand helfen und nun sogar das Strassenchaos beseitigen, das die planlose Verkehrspolitik ihrer Regierung heraufbeschworen hat und das uns jährlich 12 000 Menschenleben kostet. In den Protokollen des Bundestages ist nachzulesen, dass die CDU/CSU noch in der letzten Sitzungswoche den SPD-Antrag abgelehnt hat, 1,4 Mrd. DM für den Strassenbau zu bewilligen. Das gleiche hat sie Jahr für Jahr bei der Beratung des Verkehrshaushalts getan. Aber die Ankündigung, Konrad Adenauer werde als Schirmherr einer Aktion für vorbildliches Benehmen im Strassenverkehr auftreten, ist der beste Witz dieser Woche.

Sollte das etwa heissen, Dr. Adenauer wolle sich in seinem Auto künftig an die für alle geltenden Regeln der Strassenverkehrsordnung halten? Etwa in Zukunft blaues Licht und Signalhörner denen überlassen, die eine freie Strasse zur Rettung von Menschenleben oder Verfolgung von Rechtsbrechern dringend brauchen? Sich im Strassenverkehr so unauffällig und zivil benehmen, wie das der erste Mann des Staates, der Bundespräsident, mit seinem Fahrzeug tut?

Jeder Kraftfahrer in Bonn und den umliegenden Dörfern kennt die Kolonne schwarzer Limousinen, die zweimal am Tage die Strecke zwischen Bonn und Rhöndorf mit 100-km-Tempo unsicher macht und sich an keine Geschwindigkeitsbegrenzung hält. Wer sich als schlichter Verkehrsteilnehmer mit seinem Wagen nicht blitzartig an den Strassenrand verdrückt, muss um Kopf und Wagen fürchten. Fährt die Kolonne ausnahmsweise langsam und will jemand überholen, leuchtet an der Rückfront vom letzten Wagen des Begleitkommandos die grosse Lampe "Überholen verboten" auf. Welcher Paragraph der Strassenverkehrsordnung erlaubt am Auto solche Mätzchen? Kanzler-Chauffeur Willi Klockner kennt keine Verkehrszeichen. Da, wo in der Hermann-Ehlers-Strasse am Bundeshaus das Parken verboten ist, steht das Kanzlerauto stundenlang. Andere Leute kriegen dafür Strafmandate. Die Bonner Görresstrasse, in der das Bundeshaus und eine Autoeinfahrt zum Bundeskanzleramt liegen, ist eine Einbahnstrasse. Bundestagsabgeordnete, Minister, Journalisten, Diplomaten und Besucher halten sich an diese Vorschrift. Nur einer nicht: der grosse Staatsmann aus Rhöndorf. Das Schild, das die Einfahrt in diese Strasse von der entgegengesetzten Richtung aus sperrt, ist eine der Bonner Sehenswürdigkeiten. Es trägt den schlichten Zusatz "Ausgenommen Kfz. des Bundeskanzlers".

Durch gute "Vorbilder" will die CDU den Strassentod bekämpfen, mit dem alten Mann an der Spitze. Wenn das Vorbild Schule macht!!! Es kann einem angst und bange werden.

Das "Vorbild"

U.D. Ausgerechnet unter dem Motto "Weniger Vorschriften - mehr Vorbilder" will die CDU - nach den Wahlen, versteht sich - eine grossgelegte Verkehrssicherheitsaktion starten. CDU-Vorsitzender Adenauer habe sich bereit erklärt, so teilte die Partei mit, "seine ganze Autorität für das Gelingen dieser Aktion einzusetzen".

Der Wahlkampf treibt sonderbare Blüten. Nachdem acht Jahre dazu Gelegenheit war, will die CDU nach der Wahl mit der "Volksaktie" eine breite Schicht von Eigentümern schaffen, will sie dem bisher vernachlässigten Mittelstand helfen und nun sogar das Strassenchaos beseitigen, das die planlose Verkehrspolitik ihrer Regierung heraufbeschworen hat und das uns jährlich 12 000 Menschenleben kostet. In den Protokollen des Bundestages ist nachzulesen, dass die CDU/CSU noch in der letzten Sitzungswoche den SPD-Antrag abgelehnt hat, 1,4 Mrd. DM für den Strassenbau zu bewilligen. Das gleiche hat sie Jahr für Jahr bei der Beratung des Verkehrshaushalts getan. Aber die Ankündigung, Konrad Adenauer werde als Schirmherr einer Aktion für vorbildliches Benehmen im Strassenverkehr auftreten, ist der beste Witz dieser Woche.

Sollte das etwa heissen, Dr. Adenauer wolle sich in seinem Auto künftig an die für alle geltenden Regeln der Strassenverkehrsordnung halten? Etwa in Zukunft blaues Licht und Signalkörner denen überlassen, die eine freie Strasse zur Rettung von Menschenleben oder Verfolgung von Rechtsbrechern dringend brauchen? Sich im Strassenverkehr so unauffällig und zivil benehmen, wie das der erste Mann des Staates, der Bundespräsident, mit seinem Fahrzeug tut?

Jeder Kraftfahrer in Bonn und den umliegenden Dörfern kennt die Kolonne schwarzer Limousinen, die zweimal am Tage die Strecke zwischen Bonn und Rhöndorf mit 100-km-Tempo unsicher macht und sich an keine Geschwindigkeitsbegrenzung hält. Wer sich als schlichter Verkehrsteilnehmer mit seinem Wagen nicht blitzartig an den Strassenrand verdrückt, muss um Kopf und Wagen fürchten. Führt die Kolonne ausnahmsweise langsam und will jemand überholen, leuchtet an der Rückfront vom letzten Wagen des Begleitkommandos die grosse Lampe "Überholen verboten" auf. Welcher Paragraph der Strassenverkehrsordnung erlaubt an Auto solche Mätzchen? Kanzler-Chauffeur Willi Klockner kennt keine Verkehrszeichen. Da, wo in der Hermann-Ehlers-Strasse am Bundeshaus das Parken verboten ist, steht das Kanzlerauto stundenlang. Andere Leute kriegen dafür Strafmandate. Die Bonner Görresstrasse, in der das Bundeshaus und eine Autocinfahrt zum Bundeskanzleramt liegen, ist eine Einbahnstrasse. Bundestagsabgeordnete, Minister, Journalisten, Diplomaten und Besucher halten sich an diese Vorschrift. Nur einer nicht: der grosse Staatsmann aus Rhöndorf. Das Schild, das die Einfahrt in diese Strasse von der entgegengesetzten Richtung aus sperrt, ist eine der Bonner Sehenswürdigkeiten. Es trägt den schlichten Zusatz "Ausgenommen Kfz. des Bundeskanzlers".

Durch gute "Vorbilder" will die CDU den Strassentod bekämpfen, mit dem alten Mann an der Spitze. Wenn das Vorbild Schule macht!!!
Es kann einem angst und bange werden.

13. Juli 1957

Dieses Schreiben, womit ein langjähriges Mitglied der "Jungen Union" seinen Austritt aus der CDU begründet, spricht für sich. Name und Anschrift des Absenders sind uns bekannt. Er steht nicht für sich allein, viele sind ihm seit dem Hamburger Parteitag der CDU vorangegangen, andere werden ihm nachfolgen.

"Ein Zynismus ohnegleichen"

An die Christlich Demokratische Union
Geschäftsstelle, Bad Godesberg

Betr.: Parteiaustritt

Ich erkläre hiermit meinen sofortigen Austritt aus der Christlich Demokratischen Union und der Jungen Union mit folgender Begründung:

- 1.) Vor einigen Wochen demonstrierten 18 der namhaften deutschen Atomwissenschaftler, getrieben von ihrer Gewissensnot und erfüllt von höchstem Verantwortungsbewusstsein, in einem Aufruf gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am Atomrüstungswettlauf. Daraufhin hatten führende CDU-Politiker nichts Besseres zu tun (darunter auch Herr Adenauer), als diese, in der ganzen Welt angesehenen Männer, vor aller Öffentlichkeit in einer Art anzugreifen, die mich in fataler Weise an den Jargon erinnerte, der in längst vergangenen geglaubten Zeiten in Deutschland gang und gäbe war. Die ungehörige Manier, in der diese Politiker, die von kernphysikalischen Kenntnissen nur wenig getrübt sind, sich anmassten, anerkannte Fachleute zurechtzuweisen, lässt jegliches Taktgefühl vermissen und ist eines Staatsmannes unwürdig.
- 2.) Obwohl Herr Adenauer unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit den Atomwissenschaftlern verhandeln musste, obwohl man mit mehreren halbstarken Dementis das Volk zu beruhigen suchte, bin ich der Überzeugung (diese stützt sich auf eine Reihe von Aussagen der Dementierenden selbst), dass die jetzige Bundesregierung danach strebt, Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu lagern und die Bundeswehr mit zumindest taktischen Atomwaffen auszurüsten. Damit handelt sie entgegen den Interessen des deutschen Volkes; denn sie gefährdet unsere Sicherheit in höchstem Maße und vertieft ausserdem weiterhin die Spaltung unseres Vaterlandes. Ich kann es nicht verantworten, eine solche Regierung auch in Zukunft zu unterstützen.
- 3.) Völlig abgestossen haben mich jedoch die Vorgänge auf dem letzten Hamburger Parteitag der CDU, wo mit einem Zynismus ohnegleichen sinngemäss erklärt wurde, die CDU habe ihr "Ahlener Programm" vor einigen Jahren lediglich verfasst, um das deutsche Volk vor dem Sozialismus zu bewahren. Da dieses Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU während acht Regierungsjahren dieser Partei in der Schublade verstaubte, können diese Worte nur dahingehend gedeutet werden, dass dieses so viel beschworene und propagierte Programm nur als Aushängeschild und Mittel für den Wählerfang gedacht war. Einer Partei wie dieser kann ich mein Vertrauen nicht länger schenken.

Das "Stehopfer"

KJ. Da hatte es doch der Hitler leichter: wenn er irgendwo ein Spalier für sein Auftreten brauchte, besorgte das prompt die zuständige SA-Leitung. Ein entsprechender Befehl kam an die braunen Männer und sie waren pünktlich zur Stelle. Und es macht sich dann wunderbar, wie die Becken den Ehrenweg des geliebten Führers flankierten.

Unserem Kanzler muss das gefallen haben, damals. Aber wie lässt sich eine ähnlich attraktive Kulisse für seine Wahlversammlungen aufbauen, wenn man nicht gerade will, dass sich die Leute peinlich an Vergangenes erinnern sollen? Die "Junge Union", Bezirksverband Nürnberg-Fürth, fand den Ausweg: in einem Rundschreiben an alle ihre Mitglieder bat sie dringlich, dem Kanzler anlässlich seiner gloriosen Kundgebung am 7. Juli in der Nürnberger Messehalle, ein Stehopfer zu bringen. Vom simplen Spalierstehen allein wollte sie nicht reden und so erfindet sie diese dem Geist einer christlichen Partei angepasst erscheinende Sprachregelung. Die Opfersteher sollten verhindern, dass die Extremisten unter den Versammlungsteilnehmern den geraden Weg des Kanzlers zur Tribüne versperren und ihn vielleicht im Rausche der Begeisterung ein Leid antäten.

Aber wie die Mühen gewinnen? Die Jungen Unionler im Bezirk Nürnberg-Fürth haben es bisher an der nötigen Opferbereitschaft offenbar fehlen lassen - und so warb das Rundschreiben beschwörend: "Dieses kleine Stehopfer aber wird ohne Zweifel allein durch die Tatsache voll ausgeglichen, dass dieser Ehrendienst unmittelbar den Weg des Kanzlers flankiert." Der geliebten Führer ganz aus der Nähe schon - hei, wenn das nichts ist! Und dann war der versprochene "Sonderausweis" und der "Sondereingang" für die Opfersteher, und eine Einlasskarte brauchten sie auch nicht. Nur eins brauchten sie sehr dringlich: den Leumund, makellose Christdemokraten zu sein und nie im Leben auch nur ein einziges Mal wider den adenauer-schen Stachel gelockt zu haben. Die Stehopfer-Aspiranten mussten rechtzeitig bis in Detail ihre Personalia mitteilen. Nur wegen der "Sonderausweise"? Wir glauben: wegen der Zuverlässigkeitsprüfung durch die Polizei. Langsam aber sicher kommt ja der Kanzler in den Rang eines Souveräns, dessen teures Leben vor der Plebs geschützt werden muss.

Ungestört konnte so der Rosenzüchter mit den atomaren Ambitionen seinen Donnerschlag vom Untergang Deutschlands durch die alböse SPD loslassen. Ohne das "Stehopfer" der Jungen Unionler hätte ihn gewisslich die Liebe des Volkes zerrissen.

* * *
Verantwortlich: Walter N. ...

Kommuniqué von der Sitzung des Vorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 12./7.1957 in Bonn

11. Teil

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichteten der stellvertretende Vorsitzende Wilhelm Mellies und der parlamentarische Sekretär der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Walter Kenzel, über die parlamentarische Arbeit in den letzten Wochen. Mellies und Kenzel stellten hierbei besonders heraus, dass die CDU/CSU durch ihr Verhalten im Parlament gezeigt habe, wie rücksichtslos sie ihre parlamentarische Mehrheit ausnutze, um, häufig auch unter Missachtung sachlicher Argumente von der Gegenseite, vor Abschluss der Legislaturperiode ihren Willen durchzusetzen.

Der Parteivorstand billigte nach Erläuterungen des Bundestagsabgeordneten Kurlbaum die vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD erarbeiteten wirtschaftspolitischen Informationsunterlagen für die Referenten im Wahlkampf.

Erich Ollenhauer erläuterte die gegenwärtige aussen- und innenpolitische Lage unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf den laufenden Wahlkampf, der sich immer mehr auf die Entscheidung zwischen SPD und CDU/CSU zuspitze. Die Stellungnahme der SPD zu den anderen Parteien habe keine Veränderung erfahren.

Eingehende Darlegungen des Parteivorsitzenden über den Verlauf des Kongresses der Sozialistischen Internationale in Wien bekräftigten den für die deutsche Sozialdemokratie sehr befriedigenden Verlauf der Tagung, die sich vor allem in der weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Labour-Party und der SPD in der Sicherheits-, Abrüstungs- und Wiedervereinigungsfrage zeigte.

Herta Gotthelf berichtete über den Internationalen Frauenkongress und die Jubiläumkundgebung der Frauen-Internationale in Wien, Erwin Schöttle über den Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, auf dem er mit Alfred Nau die deutsche Sozialdemokratie vertrat.

Der Parteivorstand tritt am 14. August zu neuen Beratungen zusammen. Am 15. August wird der Vorstand dann gemeinsam mit dem Partei-Ausschuss und der SPD-Bundestagsfraktion tagen.

* * *